

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 12.02.2013**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:10 Uhr  
Sitzungspause: ./.  
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier  
Frau Niederfranke  
Frau Osthus  
Herr Schön  
Herr Weber

SPD

Herr Donath

(ab 19.15 Uhr Vertreter f.  
Herrn Suchla)

Frau Gündogdu  
Herr Kaufmann  
Frau Schrader  
Herr Suchla  
Herr Wandersleb

Vorsitzende  
(von 17.00 bis 19.15 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage

(bis 19.15 Uhr)

FDP

Herr Buschmann

(bis 19.20 Uhr)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

BfB

Frau Cascante-Maristany

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Huber  
Herr Klein  
Herr Winkelmann

Seniorenrat  
Psychiatriebeirat  
Beirat für Behindertenfragen (bis 18.45 Uhr)

Stellvertretendes Mitglied

Herr Schuster

BfB

Stellvertretendes beratendes Mitglied

Herr Prof. Dr. med. Driessen

Psychiatriebeirat

Verwaltung

Frau Beckmann-Schönwälder

Frau Buddemeier

Frau Dr. Delius

Beigeordneter Herr Kähler

Frau Kleiner

Herr Dr. Lücke

Herr Metzger

Beigeordnete Frau Ritschel

Frau Schulz

Herr Voelzke

Herr Wörmann

Stab Dezernat 5

Gleichstellungsstelle

Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt

Dezernat 5

Stab Dezernat 3

Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt

Bauamt

Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Projektbüro für Integrierte

Sozialplanung und Prävention

Projektbüro für Integrierte

Sozialplanung und Prävention

Gäste

Herr Onckels

Herr Radloff

Herr Wiese

Frau Schellong

AGW

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Drogenberatung e. V. Bielefeld

CDU-Fraktion

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Sie begrüßt Herrn Onckels als Vertreter der AGW in den zukünftigen Sitzungen des SGA und hofft auch weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit.

**Zu Punkt 1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.12.2012**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.12.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.01.2013**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.01.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1 Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder am 09.03.2013**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Anträge**

**Zu Punkt 5.1 Projekte für Kinder aus BuT-Mitteln 2011 (Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.12.2012)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5148/2009-2014

Herr Dr. Schmitz begründet seinen Antrag mit der Aufforderung von Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen, die aus 2011 noch zur Verfügung stehenden Mittel für Kinderprojekte auszugeben. Darüber hinaus verliest er Passagen aus einer Antwortmail des Bundesarbeitsministeriums vom 07.02.2013, die diese Auffassung bestätigen.

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf seine Ausführungen im Rat, die als Anlage mit der Einladung versandt worden seien. Die Pressemitteilung sei allerdings nicht gesetzeskonform. Sollte das Ministerium den Wunsch haben, mehr Geld auszugeben, müssten Gesetze bzw. Ausführungsverordnungen geändert werden.

Vorsitzende Frau Schrader bittet die Anwesenden um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fordert die Verwaltung der Stadt Bielefeld auf, kurzfristig zusätzliche Projekte für Kinder zu entwickeln und vorzuschlagen, die aus den nicht verwendeten Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes 2011 finanziert werden sollen.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1

Nein: 14

Enthaltungen: 0

---

**Zu Punkt 6 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5161/2009-2014

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage.

---

**Zu Punkt 7 Anfrage nach Verbraucherinformationsgesetz (VIG) zu amtlichen Lebensmittelkontrollen in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5315/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Im Sinne des Verbraucherschutzes spreche nichts gegen eine Publizierung der Kontrollergebnisse. Bürgerinnen und Bürger hätten so die Möglichkeit sich über die Risikobewertung der Betriebe zu informieren. Ein Aushang an der betroffenen Gaststätte sei rechtlich nicht möglich.

Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Erläuterung bzgl. der Informationsweitergabe und Dokumentation. Für sie sei die Prangerdebatte nicht nachvollziehbar. Für sie stelle eine derartige Offenheit mit dem Umgang von Prüfungsergebnissen den erforderlichen Verbraucherschutz dar.

Auf Nachfrage von Herrn Onckels führt Herr Dr. Lücke aus, dass Küchen, die Kindertagesstätten beliefern, wie auch die Küche in der Einrichtung selber, nicht als Gaststätte gelten und somit nicht von der VIG-Anfrage tangiert würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 8 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld**

**Zu Punkt 8.1 Stellenplan 2013 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5269/2009-2014

Auf Nachfrage von Frau Cascante-Maristany führt Herr Radloff aus, dass die 46,8 Mehrstellen für das Projekt 50+ (36 Stellen) und BuT (10 Stellen) benötigt worden seien.

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf einen früheren Ratsbeschluss, der eine gesonderte Beschlussfassung über den Stellenplan des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld erfordere.

**Beschluss:**

**Der mit Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld vom 12.12.2012 aufgestellte Stellenplan (Anlage 1) wird genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 8.2**

**Arbeitsmarktberichterstattung für den Bereich Sozialgesetzbuch II -Quartalsberichterstattung-**

Herr Radloff informiert über die Situation des Arbeitsmarktes und die Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld und weist darauf hin, dass der Statistikteil in der Tischvorlage (**Anlage 1**) zum Stichtag 31.01.2013 erstellt worden sei. Für 2013 sei beabsichtigt, schwerpunktmäßig die Gründe für die lange Unterstützungsdauer von Selbständigen zu prüfen.

Zu Fragen von Herrn Klein, Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Geilhaar und Frau Osthus führt Herr Radloff unter anderem aus, dass bei den Unternehmen eine Wandlung spürbar sei. Aufgrund des Fachkräftemangels würde eher nach Möglichkeiten gesucht, die Belegschaft zu halten, als sie kurzfristig zu entlassen. Ein weiteres großes Problem stelle die fehlende Ausbildung bei 80% der Arbeitslosen dar. Diese Personen müssten zunächst ausgebildet werden, um einen Langzeitverbleib im Leistungsbezug zu vermeiden. Leider würden die Finanzmittel für eine solche langfristige Finanzierung von Ausbildung fehlen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 9**

**Arbeit der Drogenberatung Bielefeld e.V. - Fortsetzung der Beratung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5267/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf den erteilten Prüfauftrag an die Verwaltung aus der SGA-Sitzung am 10.01.2013.

Beigeordneter Herr Kähler informiert über das Ergebnis des Prüfauftrages und begründet den Beschlussvorschlag. Eine entsprechende Beschlussfassung würde nicht zur Ausweitung

- des Gesamtvolumens der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF),
- eines einzelnen Vertrages und des
- städtischen Gesamthaushaltes

führen.

Frau Dr. Ober merkt an, dass im Rahmen der vorgeschlagenen Fehlbetragsfinanzierung durchaus ein Zusammenhang zu den anderen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen bestehe, der auch zu betrachten sei. Die Darstellung der zeitlichen Befristung und auch die Einhaltung des festgelegten Gesamtvolumens sei ihr nicht konkret genug. Sie schlägt daher folgende Erweiterung des Beschlussvorschlages vor:

*„Der Zuschuss ist bis zum 31.12.2013 begrenzt und erhöht nicht das Gesamtvolumen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen“.*

Frau Cascante-Maristany erwartet bei der Überprüfung der LuF für die Drogenberatung, dass auch die Verträge im Bereich der legalen Sucht überprüft würden.

Herr Weber weist darauf hin, dass der Träger und alle anderen Beteiligten dieses Jahr dazu nutzen sollten, sich mit der weiteren langfristigen Gestaltung der LuF zu beschäftigen. Mit diesem Beschluss würde die Situation nur aufgeschoben aber nicht endgültig entschieden. Frau Rathsmann-Kronshage fordert im Rahmen der Verhandlungen über die LuF zu verdeutlichen, welche Vertragsbestandteile weiterhin im Rahmen von LuF bzw. als psychosoziale Leistungen gewährt werden müssten.

Beigeordneter Herr Kähler gibt zu Bedenken, dass die Einzelverträge der LuF unterschiedliche Rechts- und Finanzierungsbegründungen hätten. Dies müsse in jedem Vertrag betrachtet werden.

Die Anwesenden stimmen dem Vorschlag von Frau Dr. Ober zu, dass der Beschlussvorschlag erweitert wird.

Vorsitzende Frau Schrader bittet die Anwesenden, unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages, um die Abstimmung.

### **Beschluss:**

**Der SGA beschließt, der Drogenberatung e.V. für das Haushaltsjahr 2013 im Handlungsfeld „illegale Drogen“ zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000 Euro zur Verfügung zu stellen, damit das Angebot im Drogenhilfezentrum Borsigstraße im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden kann.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, der Drogenberatung e.V. einen Zuschuss in Form einer Fehlbetragsfinanzierung im Rahmen der flankierenden Leistungen nach § 16 a SGB II zu gewähren.**

**Der Zuschuss ist bis 31.12.2013 befristet und erhöht nicht das**

## **Gesamtvolumen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.--

### **Zu Punkt 10**

#### **Stellungnahme des Psychiatriebeirates zur Verteilung kommunaler Finanzmittel in der Suchthilfe**

Herr Klein und Herr Prof. Driessen stellen die Versorgung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen in Bielefeld aus dem Blickwinkel von Prävalenz und Inanspruchnahme von Hilfeangeboten dar (**Anlage 2**). In zwei Psychiatrieberatungsitzungen hätten sich die Mitglieder mit diesen Ergebnissen beschäftigt und festgestellt, dass das gute und vielschichtige Hilfesystem der zwischenzeitlich eingetretenen Durchmischung der Drogenszene nicht mehr gerecht werde. Herr Prof. Dr. Driessen schildert Konsum- und Suchtverhalten am Beispiel von Alkohol. Problematisch sei die gesellschaftliche Wahrnehmung der einzelnen Suchtmittel.

Die Diskussion habe gezeigt, dass die Beratungsstellen für legale Drogen unterfinanziert seien. Die Konzepte sollten darauf hin überprüft werden, ob sie das Konsumverhalten widerspiegeln. Sie fordern dazu auf, bei zukünftigen Vertragsverhandlungen die Veränderungen in den verschiedenen Szenen zu berücksichtigen. Sie schlagen vor, von der AG Sucht als Expertengremium entsprechende Vorschläge erarbeiten zu lassen.

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die Deckelung der finanziellen Mittel. Vor dem Hintergrund der rechtlichen Zuständigkeiten (SGB V => Krankenkassen, SGB VI => Berufsgenossenschaften) müsste auch ermittelt werden, wo Beratungsleistungen von Ärzten bzw. von Beratungsstellen erbracht würden.

Auf Nachfragen von Frau Dr. Ober, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Kammeier teilt Herr Prof. Driessen mit, dass in der AG Suchtkrankenhilfe auch Mitarbeiter der legalen und illegalen Suchtberatung vertreten seien. Ein darüber hinausgehender Kontakt bestehe allerdings nicht. Die Alkoholabhängigkeit habe andere Dimensionen als vermutet. Die Probleme beginnen bereits ab dem 13. Lebensjahr, z. B. mit Komasaufen.

Herr Wiese führt aus, dass die Alkoholproblematik auch in der Drogenberatung präsent sei. Eine Beratung im Bereich der legalen Drogen erfolge; der Schwerpunkt liege aber im Bereich der illegalen Drogen. Die Beratungen in den unterschiedlichen Bereichen erforderten auch unterschiedliche Herangehensweisen. Alkohol werde gesellschaftlich toleriert, demgegenüber seien illegale Drogen kriminalisiert. Als zusätzlicher Baustein der Drogenberatung sei nunmehr auch die Fachstelle „Suchtvorbeugung“ hinzugekommen.

Zusammenfassend schlägt Herr Weber eine Überprüfung möglicher Synergieeffekte bei der Bündelung der unterschiedlichen Beratungsstellen vor. Danach müssten die evtl. Auswirkungen auf die LuF geprüft werden.



Vorsitzende Frau Schrader bedankt sich für die Berichterstattung und bittet die Verwaltung, eine fachliche Einschätzung zu den Ergebnissen der Berichterstattung vorzulegen.

-.-.-

## Zu Punkt 11

**Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5 - Soziales****hier:****a) Vorstellung der Zielmatrix für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt****b) Vorstellung der Zielmatrix für das Projektbüro für integrierte Sozialplanung und Prävention und Umsetzung des Themenschwerpunktes 2013 – "Vereinsamung und Isolation (im Alter)"**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5247/2009-2014

Herr Wörmann informiert über den Rahmen der Zielmatrix. Mit der Zielmatrix solle eine hohe Transparenz und ein kontinuierlicher Überblick über die Maßnahmen erzielt werden. Im Rahmen von Tertialberichten werde über den Fortschritt der fachlichen Entwicklung informiert.

Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage und Herrn Weber zur Festlegung der Maßnahmen-Federführung werden von Herrn Wörmann und Beigeordneten Herrn Kähler beantwortet.

a)

Frau Schulz erläutert am Beispiel des Maßnahmenfeldes 1, die Maßnahme Schuldnerberatung mit dem Ziel, die Quote bei der Inanspruchnahme der Schuldnerberatung zu steigern. Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Kammeier werden von ihr beantwortet.

b)

Herr Wörmann und Beigeordneter Herr Kähler beantworten Fragen von Herrn Wandersleb zum Maßnahmenfeld 5, Maßnahmenfeld 1 und zur Maßnahme 3 im Handlungsfeld 5. Herr Wandersleb bittet derartig umfangreiche Unterlagen eher zu versenden, damit man sich im Vorfeld besser informieren könne.

Darüber hinaus teilt Herr Wörmann mit, dass die Robert-Bosch-Stiftung die Stadt Bielefeld für das Projekt „Demenzfreundliche Kommune“ ausgewählt habe. Konkrete Informationen würden in der nächsten SGA-Sitzung präsentiert.

c)

Bei der Umsetzung des in der Präventionskonferenz festgelegten „Themenschwerpunktes 2013“ unterbreitet Herr Wörmann den Vorschlag, dass Thema nicht nur auf das Alter zu beschränken. Das Thema „Vereinsamung und Isolation“ würde durch den hohen Medienkonsum auch Jugendliche betreffen.

Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Zu den Anlagen 4 und 5 der Vorlage werden keine Fragen gestellt.

Vorsitzende Frau Schrader bedankt sich für die Berichte.

**Zu Punkt 12**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

---

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Schrader  
(Vorsitzende)

---

Krumme  
(Schriftführerin)